

Vertreter der Volksschule appellieren an die Fairness

Mit steigender Besorgnis beobachten die drei Verbände der Schulbehörden (SBGR), der Schulleitenden (VSLGR) und der Lehrpersonen (LEGR) den Abstimmungskampf der NFA-Befürworter. An der Medienkonferenz vom 10. November wurde den Menschen, die sich für die Volksschule einsetzen, wurden Eigeninteressen, „geschützte Werkstatt“ und falsche Behauptungen vorgeworfen.

Wir Bündner Schulbehörden, Schulleitende und Lehrpersonen rufen zu einem fairen Abstimmungskampf auf. Würden wir nachziehen, verkäme der Abstimmungskampf zur Schlammschlacht mit gegenseitiger Anfeindung anstatt sachlichen Argumenten. Das wollen wir jedoch nicht. Dazu liegt uns die Bündner Volksschule zu sehr am Herzen. Wir haben zusammen mit anderen Verbänden das Referendum zur Bündner NFA erhoben, weil wir uns aufrichtig Sorge um die Zukunft der Bündner Volksschule machen.

Netto werden jährlich rund Fr. 30 Mio. kantonale, an die Schule gerichtete Finanzen der Bündner Volksschule entzogen. So, wie die Befürworter daran glauben wollen, dass diese fehlende Zweckbindung in keiner Bündner Gemeinde ein Problem ist, so sei es uns erlaubt, genau dies zu bezweifeln. Wir sorgen uns echt um die Bündner Volksschule. Wir sorgen uns um fehlende finanzielle Mittel, um die Qualität der Arbeitsplätze unserer Lehrpersonen und um die Chancengleichheit der Bündner Kinder.

Wir fordern unsere Abstimmungskampfgegner auf, diese unsere Sorge zu respektieren und gemeinsam einen fairen Austausch der Argumente ohne Diffamierungen und gegenseitigen Anschuldigungen zu gestalten. Die Bündner Volksschule und auch die Bündner Bevölkerung haben dies verdient.

Schulbehördenverband SBGR, Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Graubünden VSLGR, Verband Lehrpersonen Graubünden